

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Richtungswechsel in der Kindergartenpolitik – Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz endlich ausweiten

Kindergärten spielen eine wichtige Rolle im Leben von Kindern im Vorschulalter. Sie sollen die Erziehung des Kindes in der Familie unterstützen und ergänzen. Neben der Aufgabe, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen, haben sie einen eigenständigen Bildungs- und Erziehungsauftrag. Mit der Wichtigkeit von Bildung und Qualifikation wächst auch die Bedeutung der frühkindlichen Förderung und damit der Qualität der Angebote im Kindergarten. Der Kindergarten muss zur Chancengleichheit beitragen. Vor allem die Kinder aus sozial und kulturell benachteiligten oder bildungsfernen Familien brauchen hier besondere Förderung.

Obwohl Bremen bei der Ausstattung der Kindergärten mit Erzieher/-innen im Bundesvergleich im unteren Drittel rangiert, hat der Senat weitere Einsparungen vorgenommen:

- durch längere Ferienschlusszeiten werden Erzieher/-innen eingespart,
- für die Reinigungskräfte wurden die Quadratmeter Reinigungsfläche erhöht,
- Vertretungskräfte aus Kindergarten und Hort werden für die verlässlichen Grundschulen gebraucht,
- trotz gleichbleibend hoher Nachfrage an Ganztagsbetreuung werden 500 Ganztagsplätze in Teilzeitplätze umgewandelt,
- obwohl die Kinderzahlen und Personalkosten steigen, sollen die Ausgaben für Kindergärten in den Jahren 2002 und 2003 gleich bleiben.

Das vorgelegte Modell „Kernzeit plus“ soll die Regelbetreuung im Kindergarten auf den Vormittag konzentrieren. Betreuungsstunden am Nachmittag sollen individuell „zugekauft“ werden. Damit wird zwar dem Wunsch nach flexibleren Betreuungszeiten nachgekommen, für die Mehrzahl der Eltern wird eine Ganztagsbetreuung aber zu teuer werden.

Um eine bessere Personalausstattung am Vormittag ohne zusätzliche Kosten zu erreichen, will der Senat außerdem bei den Integrations- und Förderangeboten sparen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

- die bisherigen Planungen am Modell „Kernzeit plus“ nicht weiterzuverfolgen und statt dessen den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in Bremen für alle drei- bis sechsjährigen Kinder spätestens zum Kindergartenjahr 2002/2003 auf sechs Stunden mit Mittagessen auszuweiten,
- zur Ermittlung weitergehender Betreuungsbedarfe umgehend eine Elternbefragung und eine kindbezogene Bedarfsanalyse durchzuführen,
- die Personalausstattung in den Kindergärten nicht weiter zu verschlechtern, sondern durch qualifizierte Zweitkräfte am Vormittag spielerische Bildungs- und Förderangebote (Sprachentwicklung, Musik, Bewegung) für alle Kinder zu ermöglichen.

Anja Stahmann, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen